

Politischer Wegweiser

für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 8

Halle (Saale), 25. April 1930

6. Jahrgang

Aus dem Provinziallandtag.

Tagung vom 1. bis 5. April 1930.

Die Demokratische Partei ist im Provinziallandtag mit 5 Abgeordneten vertreten. Es sind gewählt:

im Bezirk Magdeburg-Stadt Bürgermeister Prof. Dr. Landsberg,
im Bezirk Gardelegen Landrat Boer,
im Bezirk Merseburg Zweckverbandsvorsteher Cornely,
im Bezirk Halle-Stadt Bankherr Schwarz,
im Bezirk Nordhausen-Stadt Bürgermeister Borchardt.

Demokratisches Mitglied des Provinzialausschusses ist Landrat Dr. Wandersleb-Querfurt.

Alle Parteifreunde werden gebeten, sich mit Wünschen, Beschwerden oder Anregungen, die die Provinzialverwaltung betreffen, an die zuständigen Abgeordneten oder an die Wahlkreisgeschäftsstelle, Halle-Saale, Große Brauhausstr. 30, zu wenden.

Die Provinzialumlage, die nach dem ursprünglichen Vorschlage um 1 % höher als im Vorjahre auf 141½ % festgesetzt werden sollte, wurde schließlich nach Streichung von 75000 RM. wie im Vorjahre auf 131½ % festgesetzt. Unsere Fraktion hatte von Anfang an betont, daß sie einer Erhöhung der Umlage mit Rücksicht auf die Not der Wirtschaft und die Finanznot der Stadt- und Landkreise keinesfalls zustimmen könne. In diesem Sinne haben unsere Vertreter im Provinzial- und Haushaltsausschuß tätig mitgewirkt.

Der unserer Partei angehörende Landeshauptmann Dr. Hübener wurde mit 78 Stimmen aller Parteien — mit Ausnahme der Nationalsozialisten und Kommunisten — auf 12 Jahre wiedergewählt.

Für die Beteiligung des Provinzialverbands an der Mittel-landkanal-Hafen Magdeburg A.-G. trat unsere Fraktion geschlossen ein. Sie ließ durch den Abg. Borchardt erklären, daß sie im Bau des Kanals und des Hafens wirtschaftliche Vorteile größter Art für die Provinz erblicke. Es werden viele Erwerbslose Beschäftigung finden; die englische Kohle wird vom mitteldeutschen Markt verdrängt werden. Gegen die Vorlage stimmten Nationalsozialisten, Deutschnationale, Christliches Landvolk, Kommunisten und ein Teil der Deutschen Volkspartei.



Für die Landwirtschaft von besonderer Bedeutung ist die Bewilligung einer Beihilfe von 50000 RM. zum Ausbau der landwirtschaftlichen Versuchswirtschaft in Lauchstädt. Hier gaben die Demokraten den Ausschlag zugunsten der Bewilligung. Dagegen stimmten Sozialdemokraten und Kommunisten.

Ein Antrag der Demokraten, der die baldige Bereitstellung von Reichsmitteln für den Bau der Elbbrücke bei Tangermünde forderte, fand nach ausführlicher Begründung durch den Abg. Boer einstimmige Annahme.

Zu einer Entschließung, die für den Fall des Anschlusses Braunschweigs an Preußen als Grenze im Harzgebiete die Wasserscheide zwischen Weser und Elbe forderte, ließ die Fraktion durch Landrat Dr. Wandersleb erklären, daß sich diese Entschließung nur auf das innere Harzgebiet beziehen könne und daß die Fraktion nicht gewillt sei, auf Gebiete zu verzichten, die bei der Provinz Sachsen bleiben wollen oder nach der Eigenart ihrer Bevölkerung oder auf Grund ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zur Provinz Sachsen gehören.

Wie die Wirtschaftspartei agitiert.

In Sangerhausen fand kürzlich eine Versammlung der Wirtschaftspartei statt, in der ihr Sprecher groteske Uebertreibungen und Unrichtigkeiten verzapfte. Zur Richtigstellung druckte die „Sangerhäuser Zeitung“ ein an ihren Verleger vom Preußischen Handelsminister Dr. Schreiber gerichtetes Schreiben im Wortlaut ab, dem wir in Kürze folgendes entnehmen:

„Wenn in jener Versammlung die Behauptung aufgestellt wurde, es gingen in Deutschland täglich 90000 Zahlungsbefehle ins Land, so ist die wirkliche Zahl dabei um mehr als das Fünffache übertrieben worden.

Wenn davon die Rede war, daß die drei Direktoren des Berliner Senders 15000, 8000 und 5000 Mark monatlich an Gehalt bezögen, so, habe ich festgestellt, daß das Gehalt des leitenden Direktors erheblich weniger als den dritten Teil der angegebenen Summe ausmacht und die Gehälter der beiden anderen Direktoren entsprechend niedriger sind.

Wenn behauptet worden ist, daß der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ein Monatsgehalt von 25000 Mark beziehe, so ist darauf zu erwidern, daß die Bezüge des Generaldirektors der Reichsbahn-Gesellschaft, einschließlich aller Nebenbezüge und Aufwandsentschädigungen, noch nicht den dritten Teil der angegebenen Summe betragen.

Wenn behauptet worden ist, das Reichsministerium des Innern beschäftige gegenüber früher 192 jetzt 8500 Beamte, so werden in Wirklichkeit in diesem Ministerium 166 planmäßige und 17 außerplanmäßige Beamte beschäftigt.

Die Behauptung, daß die Reichsfinanzverwaltung mit ihren 997 Finanzämtern allein 879 Millionen Mark jährlich verschlinge, trifft ebenfalls nicht zu. Der Betrag ist um die Kleinigkeit von 370 Millionen zu hoch angegeben. Auch die Angabe des Verwaltungskostenetats der sozialen Versicherungsanstalten mit jährlich 780 Millionen Mark ist völlig falsch. Ebenso ist es unrichtig, daß im Haushaltsplan des Reichssparkommissars für das Jahr 1930 200000 Mark mehr angefordert worden seien. Tatsächlich enthält der Haushaltsvorschlag eine Verminderung von 260000 Mark.

Diese lange Reihe von Richtigstellungen lediglich gegenüber dem Zeitungsbericht

über eine einzige Versammlung

hat den Zweck, einmal offen zu zeigen, wie in derartigen Versammlungen gearbeitet wird in der Hoffnung, daß doch niemand die Angaben nachzuprüfen in der Lage ist. Man kann sich freilich nicht wundern, daß von Parteiagitatoren solche falsche Zahlen in der Öffentlichkeit verbreitet werden, wenn auch ein führender Abgeordneter der Wirtschaftspartei kürzlich im Landtage die Behauptung aufstellte, daß die Zahl der Konkurse vor dem Kriege nicht ein Zehntel so hoch gewesen sei wie jetzt, während in Wirklichkeit die Zahl der Konkurse in dem besonders günstigen Jahr 1913 12756 betrug gegenüber 12850 Konkursen im Jahre 1929.“

Soweit im Auszuge die Wiederlegungen des Herrn Minister Dr. Schreiber. Für unsere Freunde fügen wir hinzu, daß der Agitator der Wirtschaftspartei, der die hahnbüchernen Unrichtigkeiten verbreitete, der Geschäftsführer Gerber war.

Edel sei der Mensch! Am 16. April hat die „Hallesche Zeitung“ ihr Bestehen eingestellt und sich mit dem Hugenberg-Organ „Saale-Zeitung“ zu einem Blatt vereinigt. Sie ist alt geworden, die gute „H. Z.“, aber sie scheidet aus der Welt nicht etwa wegen chronischen Leserschwundes, sondern weil, wie ihr bisheriger Verleger Otto Thiele in der Abschiedsnummer in der „Halleschen Zeitung“ schreibt:

„Der Ruf unseres Führers in schwerster Zeit, des Feldmarschalls von Hindenburg, nach nationaler Einigung soll nicht ungehört verhallen. Wenn auch wir ihm Folge leisten, wenn wir von nun ab unsere „Hallesche Zeitung“ mit der „Saale-Zeitung“ zu einem einzigen Instrument schärfster Abwehr gegen alle destruktiven Elemente vereinen, so bringen wir, wenn auch nicht leichten Herzens, den von uns stets mit allen Kräften geförderten nationalen Belangen dieses Opfer.“

Ist das nicht Edelmut in höchster Potenz? Umsomehr, da beide Blätter sich seit Jahr und Tag wie Hund und Katz gegenüber standen und ihre Auseinandersetzungen vor Gericht in der-

artigen Formen sich vollzogen, daß beide Prozeßgegner aus ihrer Berufsorganisation ausgeschlossen wurden!

Jetzt liegen sich beide in den Armen. Uns aber entfährt der Stoßseufzer: Nur gut, daß solch' Edelmut nicht allzu oft vorkommt. Er wäre in gewisser Hinsicht unerträglich. — Den Abonnementspreis hat die „Hallesche Zeitung“ übrigens für den ganzen Monat April eingezogen, trotzdem sie am 16. 4. verschwunden ist. — Wie opferfreudig!!!

Halle. Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 30. April, abends 8 Uhr in Müllers Hotel. Referate über a) politische Lage, b) 3 Monate Stadtverordneter und Allgemeines über den Etat, c) aus dem Provinziallandtag. Alle Mitglieder erhalten noch besondere Einladungen. — **Frauengruppe.** Donnerstag, 8. Mai, „Reiseindrücke aus dem Saarland“ (Frau Irma Wolff). — Unser Mitarbeiter in der Geschäftsstelle, Herr Dr. Liebig, hat infolge Annahme einer anderen Stellung seine Tätigkeit für die Partei aufgegeben und ist nach Berlin übergesiedelt. Der D. D. P. bleibt er ein treuer Gesinnungsfreund.

Herzberg. Am Sonntag, den 6. 4., fand ein Kreisparteitag für den Kreis Schweinitz statt, an dem sich die Freunde aus Stadt und Land zahlreich beteiligten. Gerade die gute Beteiligung aus dem Lande bewies, daß die Zusammenkunft und Aussprache auf einem Kreistage für Organisation und Agitation belebend wirkt. Bei dem Bericht des Vorsitzenden, Herrn Krüger, konnte festgestellt werden, daß die D. D. P. trotz aller Schwierigkeiten auch im Kreise Schweinitz im Vorwärtsschreiten begriffen ist. Durch den Tod des Parteifreundes Rechnungsrat Kaul hat die D. D. P. leider eine tätige Kraft verloren. Sie wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Den Vortrag über Organisation hielt Dr. Liebig-Halle. In Vorbereitung ist die Gründung weiterer Ortsgruppen. Der nächste Kreisparteitag soll in Jessen abgehalten werden.

Geplante Veranstaltungen. Mitte Mai wird durch die Ortsgruppe Eisleben eine öffentliche Versammlung in Gerbstedt stattfinden. Das Referat wird Geschäftsführer Dornblüth halten. — Anfang Juni hält der Kreis Querfurt einen Kreisparteitag in Querfurt ab. Vertreter des Bezirks: Dornblüth. — Die neugegründete Ortsgruppe Deuben hält eine Versammlung am 28. April ab. — In der Ortsgruppe Weißenfels hält am 5. Mai Herr Cornely einen Lichtbildvortrag über Leuna. — Sonntag, den 4. Mai, hält der Ortsverband der Gewerksvereine in Halle eine Versammlung ab. Redner: Dornblüth.

Verlag: Deutsche Demokratische Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).

Politischer Wegweiser

für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 8

Halle (Saale), 25. April 1930

6. Jahrgang

Aus dem Provinziallandtag.

Tagung vom 1. bis 5. April 1930.

Die Demokratische Partei ist im Provinziallandtag mit 5 Abgeordneten vertreten. Es sind gewählt: im Bezirk Magdeburg-Stadt Bürgermeister Prof. Dr. Landsberg,

Cornely,

orchardt.

sschusses ist Land-

mit Wünschen, Be-
zialverwaltung be-
an die Wahlkreis-
tr. 30, zu wenden.

rsprünglichen Vor-
14½ % festgesetzt
ng von 75000 RM.
sere Fraktion hatte
ag der Umlage mit
die Finanznot der
könne. In diesem
und Haushaltsaus-

deshauptmann Dr.
t — mit Ausnahme
auf 12 Jahre wieder-

nds an der Mittel-
fraktion geschlossen
klären, daß sie im
ne Vorteile größter
e Erwerbslose Be-
om mitteldeutschen
stimmten National-
lvolk, Kommunisten

